



Ein Leben in Würde – auch für die Schwächsten!

Stopp dem Abbau bei der Sozialhilfe!

Armut und prekäre Lebensbedingungen haben vorwiegend strukturelle Ursachen. Die SP60+ fordert deshalb eine Sozialhilfe, die auch den Ärmsten dieser Gesellschaft ein würdiges Leben erlaubt. Der Grundbedarf ist auf dem Niveau der Ergänzungsleistungen festzulegen. Zudem sind die Unternehmen stärker in die Pflicht zu nehmen, und ein Bundesgesetz soll verbindliche Vorgaben zum Vollzug machen.

In der Schweiz beziehen rund 250'000 Menschen Sozialhilfe, davon ein Drittel Kinder und Jugendliche. Armut und prekäre Lebensbedingungen werden von den Betroffenen kaum frei gewählt, sondern haben Ursachen, die von den Individuen nur schwer beeinflussbar sind. Tiefelöhne und fragile Arbeitsverhältnisse führen zu Working-Poor-Situationen; diskriminierende Langzeitarbeitslosigkeit bewirkt vor allem und zunehmend bei Personen über 50 eine hoffnungslose Lage auf dem Arbeitsmarkt; mangelndes Engagement der Unternehmen bei der Re-Qualifizierung gefährdet ungenügend Ausgebildete; der Leistungsabbau in den letzten 15 Jahren bei den Sozialversicherungen, insbesondere bei der IV, erhöht zusammen mit steigenden Mieten und Krankenkassenprämien den Druck auf bereits bestehende kritische ökonomische Verhältnisse. Welche Schande, dass in der reichen Schweiz auch zehntausende von Kindern unter Armut leiden!

Es ist Zeit, Gegensteuer zu geben:

Erhöhung des Grundbedarfs. Bei der Sozialhilfe geht es um lächerliche Beträge. Wie soll etwa eine 4-köpfige Familie mit 5.40 für Essen und Trinken und 60 Rappen für den ÖV pro Person und Tag auskommen? Das ist ein Skandal!

Die SP60+ verlangt deshalb eine massive Erhöhung der Sozialhilfe, kurzfristig auf das Niveau der Ergänzungsleistungen. Längerfristiges Ziel ist, den Gesamtbetrag für eine Einzelperson auf CHF 4000.- pro Monat zu erhöhen.

Die Unternehmen verpflichten, Verantwortung zu übernehmen. Unternehmen sind wesentliche Akteure bei der Produktion von Armut und prekären Lebensbedingungen. Sie sollen denn auch ihre Verantwortung wahrnehmen.

Die SP60+ fordert deshalb einen Minimallohn von mindestens Fr.4'500 pro Monat, einen ausgebauten Kündigungsschutz sowie eine obligatorische Förderung der Weiterbildung für Alle. Die Unternehmen sollen zudem entscheidend die Sozialhilfe mitfinanzieren.

Ein Bundesgesetz zur Sozialhilfe. Die Sozialhilfe wird konkret durch die Gemeinden ausgestaltet und vollzogen. Wie zu Gotthelfs Zeiten eben. Das macht sie anfällig für lokale Eigenheiten, führt zu kommunalen Vermeidungsstrategien und Sozialtourismus auf der Suche nach billigem Wohnraum.

Die SP60+ fordert deshalb eine Kantonalisierung der Sozialhilfe im Rahmen eidgenössischer Vorgaben. Ein Bundesgesetz mit entsprechenden Bestimmungen und Standards ist deshalb überfällig.